

Luxemburg

Jean-Marie Majerus/Guido Lessing

Das außenpolitische Selbstverständnis des Kleinstaats, einem Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft, ist seit jeher geprägt vom Wunsch nach einem Interessensausgleich zwischen großen und kleinen Nationen im Interesse des Weltfriedens. Die Verteidigung der Grundrechte und der europäischen Werte ist ein vorrangiges Ziel der luxemburgischen Außenpolitik. Konsequenterweise kritisierte der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn öffentlich die Gefährdung europäischer Werte und Grundrechte, beispielsweise durch die jüngsten Justizreformen der polnischen Regierung oder die Asyl- und Menschenrechtspolitik des ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán. Sehr deutlich war er dabei in seiner Forderung, den „Wertetumor [Orbán] zu neutralisieren.“¹ Dessen Wahlsieg beruhe auf seiner „Hetze gegen Flüchtlinge“.² Angesichts dieser harschen Worte musste Luxemburgs liberaler Premierminister Xavier Bettel seinen Außenminister gegen Kritik aus dem Ausland sowie seitens der rechten Opposition im luxemburgischen Parlament in Schutz nehmen.³

Jean Asselborn warnte außerdem Österreich davor, durch die Umsetzung politischer Ideen der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) den EU-Binnenmarkt zu gefährden: Die Pläne der FPÖ-Minister hinsichtlich der Einschränkung der Personenfreizügigkeit, einer der elementarsten Grundfreiheiten, bezeichnete er als „kuriös“.⁴ Die derart gescholtene Österreicher verbat sich die Einmischung Luxemburgs und verwies auf die breite Zustimmung ihrer Wähler für die von Asselborn verurteilte Politik.

Luxemburg bedauert den Ausgang des britischen Referendums von 2016 und die darauffolgende Entscheidung des Vereinigten Königreiches, die Europäische Union zu verlassen. Obgleich Luxemburg die Entscheidung respektiert, bewertet es deren Umsetzung als schwierig. Wie seine Amtskollegen erwartet Asselborn konkrete und realistische Vorschläge der britischen Regierung zur Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Zudem unterstützt Luxemburg Irland in der Forderung nach einer offenen Grenze zu Nordirland:

„Dies ist nicht bloß eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern eine Frage von hohem symbolischem und politischem Wert. Nach einem Austritt Großbritanniens aus der EU muss die Sicherheit der Bürger ganz Irlands gewährleistet bleiben. Falls die britische Regierung keine konkreten Vorschläge unterbreiten kann, ist Asselborn bereit, im Einklang mit den verbleibenden Mitgliedsstaaten eine Sonderlösung für Nordirland zu finden, um die ganze Insel im Regelwerk der EU27 zu belassen.“⁵

1 Luxembourg Times: Asselborn: EU must act on 'tumour of values' that is Orbán's Hungary, 09.04.2018.

2 Helmut Markwort: In seiner Abneigung gegen Orbán hat sich Luxemburgs Außenminister disqualifiziert, in: Focus, 14.4.2018.

3 Luxembourg Times: Luxembourg prime minister says common European values must be 'defended with clear words', 2.5.2018.

4 Wiener Zeitung: „Wir sind ja hier in Österreich und nicht in Nordkorea“, 4.6.2018.

5 Audrey Somnard/Duncan Roberts: Jean Asselborn se prépare à toutes les éventualités, 8.6.2018.

Der luxemburgische Außenminister äußerte sich nicht zu Vorschlägen, Großbritannien in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufzunehmen, wodurch das Land in der Zollunion bleiben könnte. Generell mahnt er eine schnelle Lösung der mit dem Austritt verbundenen Verhandlungsfragen an und verwies dabei auch auf das Schicksal der in den EU-Mitgliedstaaten lebenden britischen Staatsangehörigen. Ebenso wie für EU-Chefunterhändler Michel Barnier sind die Integrität des Gemeinsamen Marktes und der vier Grundfreiheiten nicht verhandelbar. Allerdings könnte der Finanzplatz Luxemburg, besonders die Versicherungsbranche, vom Ausscheiden Großbritanniens und einer hieraus resultierenden Abwanderung des Dienstleistungssektors von London nach Luxemburg profitieren.

Die verhärteten Fronten innerhalb der EU in Fragen der Migrations- und Asylpolitik, insbesondere den Widerstand einiger EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Reform des Dublin-Systems, kommentierte der auch für Migrationsfragen zuständige Außenminister lapidar mit den Worten: „Ostern haben wir eine Lösung, aber ich weiß noch nicht in welchem Jahr.“⁶ Angesichts des aufkeimenden Populismus in einigen Mitgliedstaaten bedauert er insbesondere den Mangel an Solidarität unter den europäischen Partnern.⁷

Der EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westbalkans, die noch einmal am 17. Mai 2018 auf dem Gipfel in Sofia bestätigt wurde, steht Luxemburg nicht ablehnend gegenüber, besteht jedoch auf einen tatsächlich messbaren Fortschritt unter Einhaltung der Kopenhagener Kriterien. Nur eine wesentliche Verbesserung in den Bereichen Rechtssicherheit, Unabhängigkeit der Justiz und Menschenrechte könne, nach Meinung Jean Asselborns, den Beitrittsprozess beschleunigen. Um Demokratie und Stabilität in den Staaten des Westbalkans zu stärken, ist Luxemburg zur Erhöhung der finanziellen Zuwendungen an diese Staaten bereit.⁸ Hier gilt jedoch Effizienz vor Eile. Außerdem unterstützt Luxemburg den Kommissionsvorschlag hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien und würdigt die Anstrengungen der jeweiligen Regierungen. Ferner begrüßt Außenminister Asselborn ausdrücklich die jüngste Einigung im Namensstreit zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland.

Laut Finanzminister Pierre Gramegna geht mit dem Brexit eine substanzielle Erhöhung des luxemburgischen Beitrags zum EU-Haushalt einher.⁹ Die von der Europäischen Kommission im mehrjährigen Finanzrahmen vorgeschlagenen Einsparungen implizieren zudem eine Reduzierung der Beihilfen für luxemburgische Landwirte, sodass Gramegna nationale Ausgleichsmaßnahmen fordert. Luxemburg lehnt ferner den Kommissionsvorschlag einer gemeinsamen Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage, die als neue Einnahmequelle für den EU-Haushalt dienen soll, ab. Auch der Vorschlag, dass die EU-Kommission künftig den Fonds für stragische Investitionen eigenständig verwalten soll, wurde von dem Finanzminister und Mitgliedern des Finanzausschusses des Parlaments abgelehnt.

Weiterführende Literatur

David Howarth/Lucia Quaglia: Brexit and the battle for financial services, in: *Journal of Public Policy* 8/2018.

Jean-Marie Majerus et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Luxembourg*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.

Luxemburg for Finance: LUXFIN 2020. A vision for the development of the Luxembourg financial centre.

Luxemburg, November 2015, abrufbar unter: https://www.luxembourgforfinance.com/sites/luxembourgforfinance/files/luxfin2020_0.pdf (letzter Zugriff: 27.8.2018).

6 Neue Zürcher Zeitung: Große Blockade in der Asylreform, 7.6.2018.

7 Le Jeudi: L'UE joue gros, 7.6.2018.

8 DELANO: Fostering stabilisation, 9.6.2018.

9 Le quotidien: Facture salée pour le Grand-Duché, 10.7.2018.